



CDU-Landesgruppe  
Baden-Württemberg

## Fürs Ländle in Berlin!

28. September 2018



**Sehr geehrte Damen und Herren,**

am vergangenen Dienstag wurde Ralph Brinkhaus zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Wir gratulieren ihm, wünschen ihm alles Gute und viel Erfolg für seine Arbeit und werden als CDU-Landesgruppe mit ihm selbstverständlich gut und konstruktiv zusammenarbeiten.

Unser Dank gilt heute unserem baden-württembergischen Kollegen Volker Kauder. Er hat über 13 Jahre unsere Fraktion erfolgreich geführt. In schwierigen Zeiten hat er immer wieder integriert, zusammengeführt und so an maßgeblicher Stelle dazu beigetragen, dass wichtige Weichen gestellt werden konnten.

Unsere Werte sind ihm besonders wichtig. Und so hat er in vielen ethischen Debatten klare Positionen vertreten und Stellung bezogen. Mit seinem nachhaltigen Engagement für Religionsfreiheit und gegen Christenverfolgung konnte er immer wieder konkrete Fortschritte erreichen. Das alles wird bleiben. Wir wünschen Volker Kauder alles Gute - persönlich und für die kommenden Jahre im Deutschen Bundestag.

Mit freundlichen Grüßen,

**Ihr Andreas Jung**

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe

## Austausch mit Flüchtlingsrat



Die Landesgruppenmitglieder **Michael Donth MdB, Thorsten Frei MdB, Eberhard Gienger MdB, Markus Grübel MdB, Andreas Jung MdB, Roderich Kiesewetter MdB und Alexander Throm MdB** trafen in dieser Woche mit Vertreterinnen und Vertretern des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Berlin zusammen. Der Flüchtlingsrat bildet das einzige unabhängige und überregionale Netzwerk lokaler Initiativen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Er unterstützt die Flüchtlingsarbeit vor Ort durch umfassende Informationen zur sozialen und rechtlichen Situation in Baden-Württemberg.

Beim Austausch standen die derzeitigen und zukünftigen Regelungen im Asylrecht und beim Fachkräftezuwanderungsgesetz im Mittelpunkt. Die Ehrenamtlichen berichteten aus ihrer täglichen Arbeit mit Geflüchteten und den damit verbundenen Herausforderungen. Deutlich wurde, dass es derzeit bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu erlangen, wenn es berechnete Gründe gab, die eigene Heimat zu verlassen. Andererseits ist es wichtig, dass der Staat weiterhin die Möglichkeit hat, Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, die über das Asylrecht einreisen wollen, sowie nicht-integrationswillige Geflüchtete auszuweisen. Nur so kann der Staat Asyl und Zuwanderung dauerhaft regeln. Intensiv wurde darüber diskutiert, ob und wie eine „Stichtags-Regelung“ zukünftig Anwendung für in Deutschland befindliche Geflüchtete finden kann. Die Abgeordneten machten deutlich, dass für die Entscheidung insbesondere auch die Mitwirkungspflichten und der Integrationswille ausschlaggebend sein müssten. Falsche Hoffnungen wolle man nicht machen, weil dies sonst am Ende auf allen Seiten zu noch mehr Enttäuschung und Missverständnissen führen würde. Für die Landesgruppenmitglieder wurde in dem Gespräch einmal mehr deutlich: ohne die mannigfaltige Unterstützung und die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen, die sich in der Flüchtlingshilfe und in zahlreichen Integrationsprojekten engagieren, wäre es nahezu unmöglich, weitere Fortschritte zu erzielen. Die im Flüchtlingsrat zusammengeschlossenen Initiativen leisten eine wichtige Arbeit - deswegen möchte die Landesgruppe auch in Zukunft im Austausch bleiben, um gleichwohl auf den dort gesammelten Erfahrungsschatz im Umgang mit Geflüchteten zurückgreifen zu können.

## Stärkung der Pflege



Von **Lothar Riebsamen MdB** (Wahlkreis Bodensee)

Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz gehen wir einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Pflege – einen umso wichtigeren Schritt, da wir aufgrund der demografischen Entwicklung zukünftig noch mehr Pflegepersonal benötigen werden. In drei Ansätzen wird das Problem zu weniger Pflegekräfte in diesem Gesetz adressiert. Zunächst geht es darum, den Pflegeberuf noch attraktiver zu machen: Über eine verbesserte Ausbildung, eine bessere Bezahlung für das Pflegepersonal flächendeckend in ganz Deutschland und über mehr Personal auf den Stationen. All das dient einerseits den Patientinnen und Patienten, andererseits aber genauso auch dem Pflegepersonal. Dies erhält wieder die Sicherheit, dass Dienstpläne verlässlich eingehalten werden, dass sie nicht aus der Freizeit, aus dem Urlaub oder aus dem Wochenende zurückgerufen werden.

Zweitens sind Pflegekräfte ein knappes Gut. Deswegen wird in diesem Gesetz adressiert, dass wir sie nur für adäquate Aufgaben einsetzen und nicht für Hilfsaufgaben und für Serviceleistungen. So erhalten die Pflegerinnen und Pfleger wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben. Und drittens muss all dies finanziert werden. Deswegen ist es richtig, dass wir die Krankenhäuser mit diesem Gesetz in die Lage versetzen, diese Punkte auch zu finanzieren: durch einen vollen Tarifausgleich in der Pflege, durch die Finanzierung jeder zusätzlichen Kraft, die wir in der Pflege einstellen.

## Berufliche Bildung und digitale Arbeitswelt



In dieser Sitzungswoche wurde **Dr. Stefan Kaufmann MdB** (Wahlkreis Stuttgart) zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ gewählt. Die Berufliche Bildung steht vor dem Hintergrund der Digitalisierung vor enormen Herausforderungen. Der Aus- und Weiterbildung steht ein tiefgreifender Wandel bevor. Die Große Koalition hat daher ein ganzes Maßnahmenpaket geschnürt, um die Berufliche Bildung auch in Zukunft attraktiv zu gestalten und den Fachkräftebedarf in unserem Land zu decken. Aber auch langfristige Lösungen müssen gefunden werden, um eben auf die fortschreitende Digitalisierung zu reagieren, die neue Berufsbilder erfordert, die aber auch verstärkt auf lebenslanges Lernen drängt. In der Enquete-Kommission werden sich die Mitglieder deshalb auch mit Perspektiven über die jetzige Gesetzgebung hinaus beschäftigen und ihre Empfehlungen zum Ende der Wahlperiode an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag übergeben.

## Anpassung der LKW-Maut und Befreiungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge und E-Lkw





Am Donnerstag standen die Beratungen zur Änderungen des Bundesfernstraßenmautgesetzes auf der Tagesordnung. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium (BMVI) vertrat der Ludwigsburger Bundestagsabgeordnete **Steffen Bilger** die Bundesregierung im Plenum. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf sollen zum 1. Januar 2019 die Mautsätze für LKW angepasst werden. Diese werden regelmäßig durch wissenschaftlich fundierte Wegekostengutachten ermittelt.

In seiner Rede betonte Bilger die Bedeutung der LKW-Maut für die Finanzierung der deutschen Straßeninfrastruktur. 2017 gab es Einnahmen in Höhe von rund 4,7 Milliarden Euro, die abzüglich der Kosten für die Mauterhebung und -kontrolle sowie der Mittel für die Mautharmonisierung zweckgebunden für die Bundesfernstraßen verwendet werden. Steffen Bilger dazu: „Damit ist die LKW-Maut der größte Einnahmeposten für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung – und eine echte Erfolgsgeschichte. Mit der Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen seit dem 1. Juli 2018 haben wir zudem einen weiteren Schritt zur Verstärkung und Verstärkung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung gemacht.“ Durch die Mautausweitung hatte sich das mautpflichtige Streckennetz von rund 15.000 km auf jetzt rund 52.000 km mehr als verdreifacht. „Dies war eine große technische Herausforderung, die aber reibungslos geklappt hat“ betonte Bilger. In den nächsten Jahren kann die Bundesregierung mit Mauteinnahmen von durchschnittlich 7,2 Milliarden Euro planen. Dies gewährleistet eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur in ganz Deutschland – sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum.

Die neuen Mautsätze schaffen für die Wirtschaft Planungssicherheit und mehr Gerechtigkeit bei den Tarifen. Außerdem werden Anreize für die Nutzung klima- und umweltfreundlicher sowie leiser LKW geschaffen, da Elektro-LKW von der Maut befreit sind und die Lärmkosten zukünftig mit einberechnet werden. Besonders hob Bilger auch hervor, dass land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge, die für solche Zwecke eingesetzt werden, mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von maximal 60 km/h im Gesetzentwurf von der LKW-Maut befreit werden. „Diesen Vorschlag des Bundesrates unterstützen wir. Dies ist sehr wichtig für unsere Landwirte, die wir dadurch von Bürokratie und Kosten entlasten“, so Bilger.

## Türkei: Werte sind nicht verhandelbar!



Der Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wird bereits seit Wochen in den Medien diskutiert. Daher war es wenig verwunderlich, dass auch ein Antrag zu dieser Thematik aus den Reihen der Opposition hervorging. So durfte sich **Nikolas Löbel MdB** (Wahlkreis Mannheim) in seiner Rede zur Erosion des Rechtsstaates in der Türkei (Antrag der FDP) und zu dem Besuch Erdogans äußern. „Meine Meinung ist klar: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Gleichberechtigung sind Werte, die für uns Deutsche unverhandelbar sind. Wenn Präsident Erdoğan also in Berlin über den roten Teppich schreitet, dann schreitet er auf dem Boden von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit. Diese Grundwerte werden durch den roten Teppich nicht verdeckt oder gar versteckt, sondern betont und von jedem der auf dem Teppich läuft, wird ein Bekenntnis zu diesen Grundwerten verlangt.“

Die Türkei befindet sich auf einem Irrweg und das müssen wir, nicht zuletzt auch als NATO-Partner, anmahnen. Kritik äußert man bestenfalls im persönlichen Gespräch. Daher ist es gut, dass die deutsche und türkische Regierung in den nächsten Tagen miteinander und nicht nur über einander reden. Jedoch müssen wir gar nicht mehr tun, als die Türkei auf ihre eigene Entwicklung und ihre eigene Situation hinzuweisen. Der Türkei steht das Wasser wirtschaftlich gesehen bis zum Hals. Und dennoch, die Türkei bewegt sich immer weiter weg vom Pfad des Rechtsstaates und hat ihren Irrweg mittlerweile sogar schon digitalisiert. Mithilfe einer Smartphone-App der Zentralbehörde der türkischen Polizei (EMG) können Kritiker der türkischen Regierung weltweit angezeigt werden. Die App wurde extra entwickelt, um Anzeigen zu erleichtern. Nun kann man vermeintliche Vaterlandsverräter ganz einfach und kostenlos via App melden. Daten und Bilder des Beschuldigten können direkt hochgeladen werden, ohne dass sich der Beschuldigte wehren kann. Er erfährt auch erst von dem Verfahren, wenn der Beschuldigte türkischen Boden betritt. Wer die Idee des Rechtsstaats so mit Füßen tritt, wie es Präsident Erdoğan seit geraumer Zeit tut, der braucht sich auch nicht wundern, wenn er nicht über Kapitel 1 der EU-Beitrittsverhandlungen hinauskommt und auch niemals Teil der europäischen Wertefamilie werden kann.“

Parallel zum Eintreffen des türkischen Präsidenten vergab die FIFA die Fußball-EM 2024 an Deutschland. Die Türkei ging leer aus. Ein klarer Punktsieg für Schwarz-Rot-Gold und Weg frei für ein nächstes Sommermärchen!

## Was macht eigentlich ...



### ... eine Enquete-Kommission?

*In einer neuen Rubrik wollen wir die Tätigkeit der CDU-Landesgruppe und ihrer Mitglieder näher vorstellen sowie Begriffe und Aufgaben erläutern.*

Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sieht vor, dass eine Enquete-Kommission „zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ eingesetzt werden kann. Sie dient somit der parteiübergreifenden Erarbeitung fachlicher Expertise. Im Gegensatz zu den Ausschüssen erarbeitet sie keine konkreten Gesetzesvorschläge. Wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder des Bundestages für die Einrichtung stimmt, ist der Bundestag zur Einrichtung verpflichtet. Enquete-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten aller Fraktionen sowie externen Sachverständigen, die möglichst viele Aspekte des Kommissionsthemas beleuchten sollen. Die Enquete-Kommission legt dem Bun-

destag Berichte und Empfehlungen bis zum Ende der Wahlperiode vor. Auf deren Grundlage kann der nächste Bundestag darüber entscheiden, ob die Enquete-Kommission ihre Arbeit fortsetzt.

Die erste Enquete-Kommission richtete der Bundestag 1971 zum Thema Psychiatrie ein. Seitdem wurden insgesamt 29 Enquete-Kommissionen eingesetzt. In der letzten Wahlperiode gab es keine Enquete-Kommissionen, in der 17. Wahlperiode gab es Kommissionen zu den Themen „Internet und Digitale Gesellschaft“ sowie „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. In dieser Wahlperiode gibt es bisher folgende Enquete-Kommissionen (in Klammern die Vertreter aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg):

- Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt (Vorsitzender **Dr. Stefan Kaufmann MdB**)
- Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale (Obfrau der CDU/CSU-Fraktion **Ronja Kemmer MdB**).

## Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundes-tag.de/mediathek](https://www.bundes-tag.de/mediathek).

Weitere Informationen finden Sie unter



## Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

## Kontakt

Platz der Republik  
Paul-Löbe-Haus  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269  
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)  
[Website](#)

*Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).*

*Impressum:*

*CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg*

*Platz der Republik 1*

*11011 Berlin*

[Newsletter abonnieren](#)